



Stellungnahme des Deutschen Frauenrings e.V.

zu den Protesten im Iran anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Berlin, 25. November 2022

Gewalt gegen Frauen ist eine fundamentale Menschenrechtsverletzung. Sie betrifft Frauen in allen Ländern und Kulturen. Seit mehreren Wochen riskieren mutige Mädchen und Frauen wie auch Männer im Iran ihr Leben und gehen auf die Straße, um für Frauen- und Menschenrechte zu demonstrieren.

Am 16. September 2022 starb Jina (Mahsa) Amini auf der Intensivstation eines Teheraner Krankenhauses, nachdem sie drei Tage zuvor von der sogenannten Sittenpolizei festgenommen worden war. Der Grund für ihre Festnahme war der Verstoß gegen das freiheitseinschränkende, geschlechtsspezifische Gesetz zum Tragen eines Hidschabs. Während die iranischen Behörden die Schuld von sich weisen, muss von schwerer polizeilicher Gewalt und Misshandlung mit der Folge ihres Todes ausgegangen werden, was einem Femizid gleichkommt.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen existiert überall auf der Welt in verschiedenster Form, sie „[...] beschreibt jeden Akt [...], durch den Frauen und Mädchen körperlicher, sexueller oder psychischer Schaden bzw. Leid zugefügt wird.“¹ Im Kontext der Geschehnisse im Iran sprechen wir von *institutionalisierter Gewalt* gegen Frauen und Mädchen, die vom iranischen Staat nicht nur geduldet, sondern auch selbst ausgeführt wird.

Der Tod von Jina (Mahsa) Amini ist leider kein Einzelfall. Die Zahl der Todesopfer im Iran steigt stetig an, seit sich an ihrem Tod landesweit Proteste gegen das Regime entzündeten. Angeführt werden die Proteste, die nun seit zehn Wochen anhalten und immer lauter werden, von mutigen Frauen und Mädchen, die sich mit nichts Geringerem als ihrem eigenen Leben gegen ein gewalttätiges, menschenrechtsfeindliches Regime stellen. Die Protestbewegung hat einen feministischen Kern – und sie erfährt die Solidarität von Iraner*innen aus allen Gesellschaftsgruppen!

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation „Iran Human Rights“ wurden seit Ausbruch der Proteste 342 Menschen getötet, darunter 43 Kinder². Minderjährige Mädchen wie die 16-jährige Sarina Esmailzadeh gehen seit Wochen auf die Straße, um für ihre Rechte zu kämpfen - trotz der Gefahr, genau wie Jina (Mahsa) Amini, institutionalisierter Gewalt zum Opfer zu fallen. Laut Amnesty International wurde Sarina Esmailzadeh am 23. September durch

¹ UN Women Deutschland <https://unwomen.de/formen-der-gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/>

² Stand 17.11.2022, Iran Human Rights (IHRNGO): <https://www.iranhr.net/en/live/?page=1>

Schlagstockschläge der iranischen Sicherheitskräfte getötet, als sie an den Protesten teilnahm³.

Anfang November beschloss das iranische Parlament gegen Protestierende hart vorzugehen. Es wird berichtet, dass infolgedessen nun erste inhaftierte Protestierende zum Tode verurteilt werden⁴. Es wird - dem iranischen Recht nach legal - die Todesstrafe gegen jene verhängt, die sich dort für ihre grundlegenden Frauen- und Menschenrechte einsetzen.

Was kann die deutsche Politik angesichts der katastrophalen Situation im Iran tun? In einer von 62822 Bürger*innen mitgezeichneten Online-Petition stellt die deutsche Nichtregierungsorganisation HÁWAR.help die folgenden 11 Forderungen an die deutsche Regierung zum Umgang mit der Lage im Iran⁵:

1. Eine sofortige Aussetzung der Ausweisungen iranischer StaatsbürgerInnen, die sich gerade in Deutschland aufhalten.
2. Eine Erleichterung von Einreisebestimmungen für iranische StaatsbürgerInnen sowie den erleichterten Zugang zu Aufenthaltstiteln. Auch geschlechtsspezifische Gewalt und Verfolgung in Iran sind in Asylverfahren dringend zu berücksichtigen. Dem ist Deutschland durch die Istanbul Konvention verpflichtet.
3. Ein Einfrieren der diplomatischen Beziehungen zur Islamischen Republik Iran und die Ausweisung der BotschafterInnen als deutliches Zeichen, dass die Bundesrepublik die brutalen Repressalien gegen die Protestbewegung in ihrem Ausmaß sieht und aufs Schärfste verurteilt.
4. Erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-IranerInnen durch den deutschen Verfassungsschutz.
5. Maßnahmen, die unmittelbar die Machtelite des Iran treffen: Die Konfiszierung von Vermögen und Sachwerten auf deutschem Staatsgebiet. Einfrieren von Vermögen iranischer Einzelpersonen und Organisationen/ Entitäten, die für die Gewalt gegen die Protestierenden verantwortlich sind/diese ermöglichen und erleichtern. Dazu können auch in Deutschland ansässige Firmen gehören, die dafür verantwortlich sind, dass Internet-Infrastruktur in Iran durch die Regierung eingeschränkt wird.
6. Keine politische Zusammenarbeit mehr mit LobbyistInnen des iranischen Regimes.
7. Eine Sanktionspolitik, die nicht die Zivilbevölkerung in Iran trifft.
8. Aussetzen der Atomverhandlungen.
9. Die iranische Zivilgesellschaft und Exil-IranerInnen müssen in die Prozesse in Bezug auf den politischen Umgang mit Iran, insbesondere Frauen und Angehörige von Minderheiten (ethnisch-religiöse Gruppen, Mitglieder der LGBTIQ+-Community sowie jegliche weiteren diskriminierte Gruppen), miteinbezogen werden.
10. Die Bundesrepublik muss umgehend die Dokumentation der Menschen- und Frauenrechtsverletzungen durch UN-Organisationen, MandatsträgerInnen und durch

³ Informationen zu Sarina Esmailzadeh's Fall bei Iran Human Rights und Amnesty International: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/09/iran-leaked-documents-reveal-top-level-orders-to-armed-forces-to-mercilessly-confront-protesters/>

⁴ Stand 17.11.2022 Iran Human Rights (IHRNGO), <https://www.iranhr.net/en/live/?page=1>, Focus Online: Iran verhängt erste Todesstrafen gegen Protestteilnehmer https://www.focus.de/politik/ausland/proteste-gegen-das-regime-iran-verhaengt-erste-todesstrafe-an-protestteilnehmer_id_179625284.html, https://www.zeit.de/zett/politik/2022-11/proteste-iran-todesstrafe-haftstrafe-justiz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

⁵ https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2022/_10/_07/Petition_139993.nc.html, 62822 Mitzeichnungen Stand 23.11.2022

weitere unabhängige internationale Organisationen fordern und sich an der Umsetzung beteiligen, damit eine spätere juristische Verurteilung möglich wird und Frauen- und Menschenrechtsverletzungen lückenlos aufgeklärt werden.

11. Eine Wende in der Iran-Politik der Bundesregierung, die die Frauen- und Menschenrechte in den Fokus stellt.

Wir unterstützen diese Forderungen, die gemäß einer feministischen Außenpolitik unbedingt umgesetzt werden müssen. Der Schutz von Frauen vor Gewalt in allen Formen muss von unserer Regierung national sowie international zur Priorität gemacht werden!

Die unermüdliche Arbeit von Aktivist*innen und Organisationen wie HÁWAR.help sowie große Demonstrationen in Solidarität mit den Protestierenden im Iran erzielten erste Erfolge: die deutsche Regierung beantragte eine Sondersitzung der Vereinten Nationen und fordert die Erschaffung von UN-Mechanismen zur Beobachtung und Dokumentation der Verletzung von Menschenrechten im Iran⁶.

Eine Entschärfung der Situation im Iran ist nicht in Sicht, die Brutalität des iranischen Regimes gegenüber Protestierenden nimmt nicht ab. Die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft darf sich nicht abwenden. Wir bekunden den unglaublich mutigen Frauen, Mädchen und ihren Unterstützer*innen unsere Solidarität. Dass Frauenrechte Menschenrechte sind, zeigt der Leitspruch der Proteste: Frauen, Leben, Freiheit!

An diesem internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen gehen weltweit Frauen mit- und füreinander auf die Straße, um alle Formen der Gewalt gegen Frauen - im privaten, öffentlichen, digitalen bis institutionellen Raum, von sexualisierter, physischer bis psychischer Gewalt – zu verurteilen, zu bekämpfen und zu beseitigen.

Für den Schutz von **Frauen** und für ein **Leben** in **Freiheit** ohne Gewalt.

**Für Frauen, Leben, Freiheit im Iran,
und auf der ganzen Welt.**

⁶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/iran-proteste-polizeigewalt-1.5694756>